

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 6/2025

6. Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die modulare Qualifizierung von Beamtinnen und Beamten der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 für Ämter der Besoldungsgruppe A 14 der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung (VwV A 14-Qualifizierung Allgemeine Verwaltung) vom 20. Januar 2025 150

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz (SMWA) über einen Aufruf zur Entwicklung innovativer und Optimierung digitalgestützter Aus- und Weiterbildungsangebote vom 13. Januar 2025 162

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb einer Jugendhilfeeinrichtung (VwV Erlaubnis Jugendhilfeeinrichtungen – VwVERlJugHiE) vom 20. Januar 2025 165

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung Gemarkung Kauschwitz vom 6. Januar 2025 169

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Teilgenehmigung der 5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA Gz.: 20-2217/89/45 vom 23. Januar 2025 170

5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA 170

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Staatsbetriebes Sachsenforst über den landeseinheitlichen Zeitraum für die Abschussplanung nach § 2 Absatz 1 der Sächsischen Jagdverordnung vom 13. Januar 2025 174

Bekanntmachung der Sächsischen Landesmedienanstalt der Satzung zur Änderung der Satzung zur Förderung lokaljournalistischer Angebote vom 3. April 2023 (SächsABl. S. 516) vom 21. Januar 2025 175

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree vom 17. Dezember 2024 177

4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree 177

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die modulare Qualifizierung von Beamtinnen und Beamten der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 für Ämter der Besoldungsgruppe A 14 der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung (VwV A 14-Qualifizierung Allgemeine Verwaltung)

Vom 20. Januar 2025

I.

Allgemeines

1. Diese Verwaltungsvorschrift regelt ergänzend zu § 27 Absatz 2 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes und § 22 Absatz 2 der Sächsischen Laufbahnverordnung die näheren Voraussetzungen für die Teilnahme von Beamtinnen und Beamten der ersten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 an einer modularen Qualifizierung für die Übernahme eines Amtes der Besoldungsgruppe A 14 in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung sowie deren Inhalt, Umfang und Ablauf.

II.

Zuständigkeit

2. Der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FH), Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen (HSF Meißen) obliegt
 - a) die Konzeption, Organisation und Durchführung der Qualifizierung,
 - b) die Anrechnung anderweitig absolvierter Seminare auf Antrag der obersten Dienstbehörde,
 - c) die Bestellung der Prüferinnen und Prüfer für die Leistungsnachweise und die Abschlussklausur,
 - d) die Feststellung der Zulassung zur Abschlussklausur und zum Prüfungsgespräch,
 - e) die Ausstellung und Aushändigung des Zeugnisses über das erfolgreiche Absolvieren der modularen Qualifizierung.
3. Dem Landespersonalausschuss obliegt die Regelung und Durchführung des Prüfungsgesprächs sowie die Meldung des Ergebnisses an die oberste Dienstbehörde und die HSF Meißen.

III.

Auswahl und Anmeldung der Teilnehmenden

4. Jede oberste Dienstbehörde trifft die Auswahl der Beamtinnen und Beamten für ihren Geschäftsbereich, die bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 22 Absatz 1 Satz 1 der Sächsischen Laufbahnverordnung für die Qualifizierung zugelassen werden sollen. § 164 Absatz 4 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch ist zu beachten.

5. Die obersten Dienstbehörden melden jeweils zum Ende Januar eines Jahres der HSF Meißen ihren Bedarf an Plätzen für die im laufenden Jahr beginnende Qualifizierung. Eine namentliche Benennung der teilnehmenden Beamtinnen und Beamten ist bis Ende Mai des jeweiligen Jahres vorzunehmen.
6. Beamtinnen und Beamte sind für die Teilnahme an den Modulen an der HSF Meißen, die Aufsichtsarbeiten und die Prüfungsleistungen von der Dienststelle freizustellen.

IV.

Inhalt und Umfang der Qualifizierung

7. Die Qualifizierung erfordert für die Laufbahn der Allgemeinen Verwaltung eine Fortbildung im Bereich der fachlichen Kompetenz gemäß § 22 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 der Sächsischen Laufbahnverordnung mit einem Umfang von mindestens 350 Unterrichtsstunden und im Bereich der personalen Kompetenz gemäß § 22 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 der Sächsischen Laufbahnverordnung mit einem Umfang von mindestens 100 Unterrichtsstunden.
8. Die Qualifizierung zur Verbesserung der fachlichen Kompetenz erfolgt in den Modulen:
 - a) Modul 1 „Staats- und Verwaltungsrecht; Europarecht“,
 - b) Modul 2 „Personalmanagement einschließlich Dienst- und Tarifrecht“,
 - c) Modul 3 „Ressourcen- und Finanzmanagement“,
 - d) Modul 4 „Verwaltungs- und Projektmanagement“,
 - e) Modul 5 „Digitalisierung und E-Government“.
9. Die Qualifizierung zur Verbesserung der personalen Kompetenz erfolgt durch das Modul 6 „Übernahme von Führungsverantwortung“.
10. Auf Antrag der obersten Dienstbehörde rechnet die HSF Meißen in begründeten Einzelfällen anderweitig absolvierte Seminare an, wenn sie nach Art, Aktualität, Inhalt und Umfang mit Seminaren der Module nach Nummer 8 und 9 vergleichbar sind.
11. Der Umfang und die konkreten Inhalte der Module ergeben sich aus dem Rahmenstoffplan (Anlage).

V. Teilnahme

12. Die HSF Meißen führt zum Nachweis der Teilnahme an den Modulen für die personale und fachliche Kompetenz eine taggenaue Anwesenheitsliste. Versäumte Unterrichtsstunden sollen in geeigneter Form nachgearbeitet werden.
13. In den Modulen 1 und 3 wird je eine schriftliche Aufsichtsarbeit mit einem Umfang von jeweils fünf Stunden erbracht. Die Aufsichtsarbeiten werden von einer Prüferin oder einem Prüfer bewertet. Es wird ohne Benotung festgestellt, ob die Aufsichtsarbeit bestanden oder nicht bestanden ist.

VI. Prüfungsleistungen

14. Prüfungsleistungen im Sinne von § 22 Absatz 2 Satz 2 der Sächsischen Laufbahnverordnung sind die Abschlussklausur und das Prüfungsgespräch.
15. Prüfungsleistungen werden mit einer der folgenden Noten und Punktzahlen bewertet:

Note (Benotung)	Punktzahlen	Beschreibung
sehr gut	14 bis 15 Punkte	eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung
gut	11 bis 13 Punkte	eine über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Leistung
befriedigend	8 bis 10 Punkte	eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht
ausreichend	5 bis 7 Punkte	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht
mangelhaft	2 bis 4 Punkte	eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Leistung
ungenügend	0 bis 1 Punkte	eine völlig unbrauchbare Leistung

VII. Abschlussklausur

16. Die Beamtin oder der Beamte ist zur Abschlussklausur zugelassen, wenn beide Aufsichtsarbeiten nach Nummer 13 bestanden wurden.
17. Die Abschlussklausur hat einen Umfang von fünf Stunden. Sie kann Inhalte aller Module umfassen. Die Auswahl der Klausuraufgaben trifft die Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses aus Vorschlägen der HSF Meißen. Die Abschlussklausur wird von zwei Prüferinnen oder Prüfern mit jeweils einer ganzen Punktzahl bewertet. Der Zweitprüferin oder dem Zweitprüfer ist die Erstbewertung der Klausur samt Begründung bekannt zu geben. Weichen die beiden Bewertungen um nicht mehr als drei Notenpunkte voneinander ab, gilt der Durchschnitt der beiden Punktzahlen als Gesamtpunktzahl. Andernfalls wird, soweit sich die Prüferinnen oder Prüfer nicht einigen oder auf höchstens drei Notenpunkte annähern, die Gesamtpunktzahl durch eine

dritte Prüferin oder einen dritten Prüfer innerhalb des Rahmens der beiden Bewertungen festgesetzt. Beträgt die Gesamtpunktzahl mindestens 4,00 Punkte, wird die Beamtin oder der Beamte zum Prüfungsgespräch zugelassen.

VIII. Prüfungsgespräch

18. Die HSF Meißen meldet die zugelassenen Beamtinnen und Beamten mit ihrer jeweiligen Gesamtpunktzahl an die oberste Dienstbehörde. Die oberste Dienstbehörde beantragt die Durchführung des Prüfungsgesprächs beim Landespersonalausschuss.
19. Das Prüfungsgespräch soll einen Umfang von einer Stunde haben. Gegenstand des Prüfungsgesprächs ist auch, ob die Beamtin oder der Beamte nach ihrer oder seiner Persönlichkeit geeignet ist, Führungsaufgaben der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 wahrzunehmen.
20. Das Prüfungsgespräch ist bestanden, wenn es mit mindestens vier Punkten bewertet wurde.

IX. Abschluss der Qualifizierung

21. Die Qualifizierung ist erfolgreich abgeschlossen, wenn die Abschlussklausur und das Prüfungsgespräch bestanden wurden.
22. Die Gesamtnote der erfolgreich abgeschlossenen Qualifizierung ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Punktzahlen der beiden Prüfungsleistungen. Das Ergebnis wird auf zwei Dezimalstellen berechnet, die weiteren Dezimalstellen bleiben unberücksichtigt.

X. Wiederholung von Aufsichtsarbeiten und Prüfungsleistungen

23. Nicht bestandene Aufsichtsarbeiten und Prüfungsleistungen können jeweils einmal wiederholt werden. Die Zulassung zur Wiederholung erfolgt auf Antrag der Beamtin oder des Beamten, der innerhalb eines Monats nach der Mitteilung über das Nichtbestehen zu stellen ist. Nummer 18 gilt entsprechend. Bei erneutem Nichtbestehen oder Ablauf der Frist nach Satz 2 ist die Qualifizierung endgültig nicht bestanden.
24. Beamtinnen und Beamte können ihre Aufsichtsarbeiten und die Abschlussklausur bei der HSF Meißen einsehen.

XI. Dienstliche Beurteilung

25. Die Durchführung der Qualifizierung und die Gesamtnote sollen in der dienstlichen Beurteilung als wesentliche Aufgabe aufgeführt und angemessen berücksichtigt werden. Hierfür kommt insbesondere der Kompetenzbereich Fachkompetenz in Betracht.

XII.
Übergangsregelung

26. Für vor dem Jahr 2025 begonnene Qualifizierungen ist die VwV A 14-Qualifizierung Allgemeine Verwaltung vom 25. Februar 2015 (SächsABl. S. 387), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 4. März 2019 (SächsABl. S. 487) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 24. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 243), weiter anzuwenden.

XIII.
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

27. Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und ist erstmals für die im Jahr 2025 beginnende Qualifizierung anzuwenden. Gleichzeitig tritt die VwV A 14-Qualifizierung Allgemeine Verwaltung vom 25. Februar 2015 (SächsABl. S. 387), die durch die Verwaltungsvorschrift vom 4. März 2019 (SächsABl. S. 487) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 24. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S 243), außer Kraft.

Dresden, den 20. Januar 2025

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Anlage
(zu Nummer 11)

Rahmenstoffplan

Rahmenstoffplan für die Qualifizierung nach § 27 Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes, § 22 Absatz 2 der Sächsischen Laufbahnverordnung und der VwV A 14-Qualifizierung Allgemeine Verwaltung in der Fachrichtung Allgemeine Verwaltung im Bereich der fachlichen und personalen Kompetenz:

I. Fachliche Kompetenz

Modul	Modulbezeichnung	Umfang in Unterrichtsstunden
Modul 1	Staats- und Verwaltungsrecht; Europarecht	108
Modul 2	Personalmanagement einschließlich Dienst- und Tarifrecht	54
Modul 3	Ressourcen- und Finanzmanagement	108
Modul 4	Verwaltungs- und Projektmanagement	54
Modul 5	Digitalisierung und E-Government	54
Gesamt		378

II. Personale Kompetenz

Modul	Modulbezeichnung	Umfang in Unterrichtsstunden
Modul 6	Übernahme von Führungsverantwortung	103
Gesamt		103

Ein Unterrichtstag umfasst neun Unterrichtsstunden.

I. Fachliche Kompetenz**Modul 1 Staats- und Verwaltungsrecht (ca. 100 Unterrichtsstunden)**

Großlernziele:

Die Teilnehmenden sollen

- die Funktion des Rechts sowie die Denk- und Arbeitsweise bei der Rechtsanwendung und -auslegung kennen und verstehen,
- die Methode der Fallbearbeitung für den Bereich des Staats- und Verwaltungsrechts und für weitere ausgewählte Rechtsbereiche beherrschen,
- die für das Verwaltungshandeln dominierenden Rechtsnormen kennen und ihre Funktion und Bedeutung im Gesamtrechtsgefüge verstehen sowie
- die enge Verzahnung zwischen nationalem Recht und den Einflüssen EU-rechtlicher Vorschriften kennen und verstehen können.

Thema	Unterrichtsstunden	Inhalte	Lernziele
Staatsrecht	36	Einführung in die juristische Methodenlehre – Allgemeine Rechtslehre – Elemente des Rechtssystems – Zusammenhang der Elemente des Rechtssystems	Die Teilnehmenden sollen das Gesamtgefüge des Rechtssystems und seine Elemente sowie die Funktion des Rechts kennen und verstehen. Sie sollen die rechtswissenschaftliche Methodenlehre verstehen und insbesondere bei der Fallbearbeitung im Verwaltungsrecht anwenden können.
		Verfassungsstrukturprinzipien – Republikanisches Prinzip – Demokratieprinzip – Rechtsstaatsprinzip – Sozialstaatsprinzip	Die Teilnehmenden sollen die tragenden Grundentscheidungen, Strukturprinzipien und Gestaltungsziele des Grundgesetzes kennen und verstehen sowie die rechtlichen Gründe für ihre Geltung auf Landesebene kennen.
		Rechtliche Grundlagen der Staatsorganisation im Bund und im Freistaat Sachsen einschließlich des Kommunalverfassungsrechts, insbesondere: – Staatsorganisationsregelungen im Grundgesetz und in der Landesverfassung – Staatsorgane des Bundes – Staatsorgane des Freistaates Sachsen – Kommunale Selbstverwaltung – Überblick über das Kommunalverfassungsrecht	Die Teilnehmenden sollen die Organe des Staates sowie deren rechtliche Stellung auf Bundes- und Landesebene kennen und verstehen. Sie sollen einen Überblick über die kommunale Ebene einschließlich des Kommunalverfassungsrechts besitzen.
		Grundrechte des Grundgesetzes und der Landesverfassung – Funktion und System der Grundrechte und grundrechtsähnlichen Rechte – Abgrenzung zu institutionellen Garantien und Staatszielbestimmungen Einzelne Grundrechte des Grundgesetzes und der Landesverfassung	Die Teilnehmenden sollen das System und die Struktur der Grundrechte und grundrechtsähnlichen Rechte sowie deren Bedeutung für das Verwaltungshandeln vertiefen. Sie sollen den Schutzbereich der praktisch bedeutsamsten Grundrechte sowie die Prinzipien der verfassungsimmanenten und gesetzlichen Schranken kennen und insbesondere die Eigentumsgarantie als Grenze des Verwaltungshandelns verstehen.

Allgemeines Verwaltungsrecht	54	<ul style="list-style-type: none"> – Besondere Formen und Funktionen des Verwaltungshandelns – Überblick über das Verwaltungsverfahren – Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten – Rechtsbehelfe – Planfeststellungsverfahren und förmliches Verwaltungsverfahren – Ausgewählte Probleme der Verwaltungsaktlehre – Praxisrelevante Fragen zum öffentlich-rechtlichen Vertrag – Informationsbeschaffung im Rahmen des Verwaltungshandelns – Bezüge zum Besonderen Verwaltungsrecht 	Die Teilnehmenden sollen Bedeutung und Funktion des Verwaltungshandelns, vor allem des Verwaltungsverfahrens, sowie des verwaltungsrechtlichen Rechtsschutzes kennen und verstehen. Sie sollen die wichtigsten Regelungen über das Verwaltungsverfahren, mit Berücksichtigung des Planfeststellungsverfahrens und des öffentlich-rechtlichen Vertrags, kennen und anwenden können.
Europarecht	18	<ul style="list-style-type: none"> – Institutionelles Europarecht – Quellen und Wirkungen des Europarechts – Grundrechte, Grundfreiheiten und Unionsbürgerschaft (Überblick) – Vollzug des Europarechts – Binnenmarkt und Grundfreiheiten – Grundzüge der Wettbewerbs- und Beihilfenpolitik 	Die Teilnehmenden sollen die Kenntnisse zu rechtlichen, institutionellen und ökonomischen Grundlagen der Europäischen Union vertiefen sowie über die politischen Grundsätze erweitern.
Summe Unterrichtsstunden	108		

Modul 2 Personalmanagement einschließlich Dienst- und Tarifrecht (ca. 50 Unterrichtsstunden)

Großlernziele:

Die Teilnehmenden sollen

- die Herausforderungen eines zeitgemäßen Personalmanagements in Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels kennenlernen,
- die rechtlichen Grundlagen des Beamten- und Tarifrechts beherrschen sowie
- die personalrechtlichen Bezüge in ihrer Rolle als zukünftige Bedienstete der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 und gegebenenfalls Führungskraft in einer Behörde verstehen.

Thema	Unterrichtsstunden	Inhalte	Lernziele
Personalmanagement	18	<ul style="list-style-type: none"> – Grundsätze bei der Personalauswahl – Onboarding von Bediensteten – Gestaltung des Wissenstransfers/Offboarding von Bediensteten – Umgang mit Arbeitsunfähigkeit von Bediensteten – Beteiligungsrechte der Personalvertretung 	Die Teilnehmenden sollen wesentliche Handlungsfelder des Personalmanagements im Hinblick auf die neue Rolle als Bediensteter der zweiten Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 kennenlernen
Beamtenrecht	18	<ul style="list-style-type: none"> – Grundlagen des Beamtenrechts einschließlich des Laufbahnrechts – Überblick über aktuelle Entwicklungen im Beamten-, Disziplinar-, Besoldungs- und Versorgungsrecht – Diskussion beamtenrechtlicher Problemfelder unter Einbeziehung aktueller Rechtsprechung, insbesondere zu den Schwerpunkten Beurteilung, Beförderung, Konkurrentenstreit, Umsetzung und Versetzung 	Die Teilnehmenden sollen einen Überblick über das gegenwärtige Beamtenrecht erhalten und aktuelle Entwicklungen kennenlernen.

Arbeits- und Tarifrrecht	18	<ul style="list-style-type: none"> – Grundlagen und Begriffe des Arbeits- und Tarifrrechts – Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst (Begründung, Beendigung) – Rechte und Pflichten der Arbeitnehmerin, des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers – Direktionsrecht vor dem Hintergrund der Tätigkeitsbewertung von Beschäftigten – Teilzeit- und Befristungsgesetz: Kalenderbefristung und Zweckbefristung – Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: Ansprüche wegen unerlaubter Ungleichbehandlung – Sozialgesetzbuch Neuntes Buch: das Recht der behinderten Menschen 	Die Teilnehmenden sollen die Systematik des öffentlichen Tarifrrechts kennen und ein Grundverständnis für arbeits- und tarifrrechtliche Zusammenhänge entwickeln. Sie sollen einen Überblick über die wesentlichen Rechtsgrundlagen des Arbeits- und Tarifrrechts erhalten und diese in der Praxis rechtssicher anwenden können.
Summe Unterrichtsstunden	54		

Modul 3 Ressourcen- und Finanzmanagement (ca. 100 Unterrichtsstunden)

Großlernziele:

Die Teilnehmenden sollen

- ihr Wissen über die volks- und betriebswirtschaftlichen Grundlagen der freien Marktwirtschaft sowie des europäischen Binnenmarktes einschließlich der Geldpolitik vertiefen,
- das staatliche und kommunale Haushaltsrecht sowie die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand kennenlernen.

Thema	Unterrichtsstunden	Inhalte	Lernziele
Volks- und Betriebswirtschaftslehre	36	Marktversagen <ul style="list-style-type: none"> – Netzgüter – Öffentliche Güter Makroökonomik <ul style="list-style-type: none"> – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Außenwirtschaftliche Zahlungsbilanz – Antizyklische Konjunkturpolitik (Stabilitätspolitik) Wirtschaftspolitik <ul style="list-style-type: none"> – Ordnungspolitik – Konzepte der Wirtschaftspolitik Öffentliche Aufgaben und Formen der Aufgabenerfüllung <ul style="list-style-type: none"> – Besonderheiten öffentlicher Ziele – Zusammenhang zwischen Zielen und Aufgaben – Öffentlicher Auftrag – Möglichkeiten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben 	Den Teilnehmenden wird aufgezeigt, dass der Markt nicht in der Lage ist, alle wirtschaftlichen Probleme auf der Grundlage des Markt- und Preismechanismus zu lösen. Es ist vielmehr zwingend, dass der Staat in die Wirtschaft eingreift, weil deren Selbstregulierungsmechanismen nicht ausreichen.

Staatliche Finanzwirtschaft	27	<p>Stellung der staatlichen Finanzwirtschaft im Gesamtsystem der Volkswirtschaft Kameralistik</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rechtsgrundlagen des staatlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens – Bedeutung und Funktionen der Haushaltsgrundsätze – Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes – Bewirtschaftungs- und Anordnungsbefugnis – Zusätzliche Mittel im Haushaltsvollzug – Rechnungslegung/Rechnungsprüfung – Vergleich von Kameralistik und kaufmännischem Rechnungswesen <p>Doppik</p> <ul style="list-style-type: none"> – Grundlagen sowie Sinn und Zweck der Doppik – Rechnungswesen der Staatsbetriebe und Kommunen – Schnittstellen zur kameralen Haushaltsführung 	Die Teilnehmenden sollen den Einfluss des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes und weiterer verfassungsrechtlicher Vorgaben für das einfachgesetzliche Haushaltsrecht kennen. Zudem sollen sie die wesentlichen Grundsätze der Haushalts- und Wirtschaftsführung verstehen und zentrale haushaltsrechtliche Bestimmungen auf konkrete Beschaffungsgeschäfte anwenden können. Dabei sollen auch Zusammenhänge zu verschiedenen Organisationsformen der öffentlichen Verwaltung sowie zu Reformüberlegungen zum öffentlichen Rechnungswesen erkannt werden.
Vergaberecht	27	<ul style="list-style-type: none"> – Rechtsgrundlagen des öffentlichen Auftragswesens – Anwendungsbereiche der VOL, VOB und VOF – Auswirkungen des europäischen Rechts auf das öffentliche Auftragswesen – Grundsätzlicher Ablauf eines Vergabeverfahrens – Unterschiede der Auftragsvergabe nach der VOL, VOB und VOF – Nutzung von Rahmenverträgen 	Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick zu den rechtlichen Grundlagen sowie Unterschieden der verschiedenen Vergabevorschriften und lernen die Vergabegrundsätze und -arten kennen. Sie sollen das Instrument des Rahmenvertrages als flexible Möglichkeit der Beschaffung kennenlernen sowie andere praxisrelevante Informationen für ein gelingendes Vergabeverfahren erhalten.
Controlling	18	<ul style="list-style-type: none"> – Ursprünge des Controllings, Begriffserklärung und Notwendigkeit – Betriebliche Organisation – Funktionen des Controllings – Wirkung des Controllings – Controlling in der öffentlichen Verwaltung – Darstellung von einzelnen Controlling-Instrumenten 	Die Teilnehmenden sollen die Grundlagen moderner Controllingsysteme kennen und in der Lage sein, Controlling-Instrumente in ihrem Arbeitsumfeld anzuwenden.
Summe Unterrichtsstunden	108		

Modul 4 Verwaltungs- und Projektmanagement (ca. 50 Unterrichtsstunden)

Großlernziele:

Die Teilnehmenden sollen

- im Hinblick auf den Aufbau der Landes- und Kommunalverwaltung die Unterschiede zwischen Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht kennenlernen,
- einen vertieften Einblick in ein zeitgemäßes Projekt- und Changemanagement erhalten,
- die Herausforderungen des Arbeitens in digitalisierten Verwaltungsstrukturen verstehen.

Thema	Unterrichtsstunden	Inhalte	Lernziele
Aufbau der Landes- und Kommunalverwaltung	9	Organisation der Verwaltung und allgemeines Organisationsrecht – Unmittelbare und mittelbare Landesverwaltung – Kommunalverwaltung Staatliche und kommunale Verwaltungen in anderen Rechtsformen Unterschiede zwischen Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht	Die Teilnehmenden sollen die Grundstrukturen des Verwaltungsorganisationsrechts im Freistaat Sachsen kennen und verstehen. Sie sollen Fragen der Modernisierung der Verwaltung und bestehende Freiräume sowie mögliche rechtliche Auswirkungen erfassen und darstellen können.
Projekt- und Changemanagement	36	Projektmanagement – IT-gestützte Projektorganisation – Vorgehensmodelle – Ressourcen-, Kosten- und Qualitätsplanung – Projektsteuerung; Qualitätssicherung, Risikomanagement; Alternativplanungen – Projektcontrolling, Projektdokumentation und Berichtswesen – Multiprojektmanagement, Budgets anlegen und vergleichen Changemanagement – Ansatz, Schnittstellen und Abgrenzung zum Projektmanagement – Phasen und Akteure von Veränderungsprozessen – Kommunikation und Führung in Veränderungsprozessen – Widerstände und Konflikte in Veränderungsprozessen und Umgang mit organisationaler Komplexität – Grundprinzipien agilen Arbeitens und Kulturveränderung in der Öffentlichen Verwaltung	Die Teilnehmenden sollen die Methoden und Instrumente zur systematischen Planung, Organisation, Steuerung und Kontrolle von Projekten beherrschen und diese hinsichtlich der Sach-, Zeit- und Kostenziele optimieren können. Sie sollen verschiedene Softwarewerkzeuge zum Management und zur Dokumentation von Projekten kennenlernen. Zudem sollen sie den Umgang mit den unterschiedlichen Phasen, Akteuren, Widerständen und Potentialen von Change-Prozessen erfahren und damit sicher umgehen können.
Neues Arbeiten und Führen in digitalisierten Verwaltungsstrukturen	9	Fachliche Einordnung und Grundlagen Gestaltungsbereiche der Arbeitsorganisation – Aufgaben und Tätigkeiten – Information und Wissen – Technologien – Struktur/Prozessorganisation – Kompetenzen und Skills – Neue Kultur und Arbeitsplatzgestaltung – Führung – Diskussion und Ausblick	Die Teilnehmenden sollen verstehen, welche neuen Herausforderungen digitalisierte öffentliche Arbeitsorganisationen mit sich bringen und welche personellen, organisatorischen und technischen Herausforderungen damit verbunden sind. Insbesondere sollen die Teilnehmenden das Arbeiten, Lernen und Führen in der digitalisierten Arbeitsorganisation besser verstehen und Methoden/Instrumente kennen, um mit den neuen Herausforderungen besser umzugehen. Weiterhin sollen sie in die Lage versetzt werden, die digitalisierte Arbeitsorganisation zu gestalten und Gestaltungsdimensionen entsprechend zu identifizieren, zu analysieren und zu interpretieren.
Summe Unterrichtsstunden	54		

Modul 5 Digitalisierung und E-Government (ca. 50 Unterrichtsstunden)

Großlernziele:

Die Teilnehmenden sollen

- den rechtlichen Rahmen des E-Governments kennenlernen,
- die Rahmenbedingungen des Datenschutzes in einer zunehmend digitalen Verwaltung verstehen,
- die Herausforderungen bei der Gewährleistung der Informationssicherheit begreifen.

Thema	Unterrichtsstunden	Inhalte	Lernziele
Grundlagen, Ziele und Methoden des E-Government	18	<ul style="list-style-type: none"> – Notwendigkeiten für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung – E-Government als Maßnahme der Verwaltungsmodernisierung – E-Government-Strategien und -Aktionspläne von Europäischer Union, Bund und Freistaat Sachsen – Überblick zu gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Sächsischen E-Government-Gesetzes und der Sächsischen E-Government-Gesetz-Durchführungsverordnung – Umsetzungsverpflichtungen der staatlichen Behörden und der Träger der Selbstverwaltung aus dem Gesetz 	<p>Die Teilnehmenden sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> – einen Überblick über die maßgeblichen Strategien und Aktionspläne zur Realisierung des E-Government besitzen, – die rechtlichen Grundlagen des E-Governments kennen und – einen Überblick über Werkzeuge und Methoden für die Bewältigung der sich ergebenden Herausforderungen erhalten und wissen, mit welchen Mitteln sie die Umsetzung konkreter E-Government-Maßnahmen erreichen können.
Datenschutz im Zeitalter der Digitalisierung	9	<p>Datenschutz als Informationsordnung in einer digitalisierten Umwelt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Grundbegriffe und -prinzipien des Datenschutzrechts nach der Datenschutz-Grundverordnung – Auswirkungen der Datenschutz-Grundverordnung, der JI-Richtlinie sowie des Sächsischen Datenschutzdurchführungsgesetzes auf die Datenverarbeitung öffentlicher Stellen – Rechte der Betroffenen – Pflichten als Verantwortliche – Aktuelle Rechtsprechung zum Datenschutzrecht und neue gesetzliche Entwicklungen – Aufgaben und Befugnisse der oder des behördlichen Datenschutzbeauftragten – Auswirkungen des Datenschutzrechts bei Digitalisierungsvorhaben 	<p>Die Teilnehmenden sollen einen Überblick über die Grundlagen des Datenschutzrechts erhalten, aktuelle Entwicklungen kennen und die Auswirkungen des Datenschutzrechts bei Digitalisierungsvorhaben beachten können.</p>
Strategische Informationssicherheit	9	<ul style="list-style-type: none"> – Rechtsgrundlagen, Standards (insbesondere des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik) und Rahmenbedingungen – Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Datenschutz und Informationssicherheit – Aktuelle Gefahren, Angriffsmethoden und Maßnahmen – Bestandteile, Einführung und Aufrechterhaltung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) – Kritische Infrastrukturen und Informationssicherheit – Aktuelle Modernisierungsaktivitäten in der Verwaltung aus Sicht der Informationssicherheit 	<p>Die Teilnehmenden sollen aktuelle Gefahren für die Informationssicherheit in der öffentlichen Verwaltung kennen und adäquate Gegenmaßnahmen gestalten können. Sie sollen Grundkenntnisse über den Aufbau eines Informationssicherheitsmanagementsystems erwerben. Ferner ist es das Ziel, die Zusammenhänge zwischen Datenschutz und Informationssicherheit zu erkennen.</p>

Workshop Digitale Verwaltung	18	<ul style="list-style-type: none">– Erörterung von erfolgreichen Digitalisierungsprojekten– Herausarbeiten von Risiken für erfolgreiche Digitalisierungsprojekte	Die Teilnehmenden sollen anhand von praktischen Digitalisierungsprojekten aus Landesbehörden die Erfolgsfaktoren und die Risiken für entsprechende Projekte kennenlernen. Sie sollen dadurch in die Lage versetzt werden, Digitalisierungsprojekte selbst erfolgreich begleiten zu können.
Summe Unterrichts- stunden	54		

II. Personale Kompetenz**Modul 6 Übernahme von Führungsverantwortung (ca. 100 Unterrichtsstunden)**

Großlernziele:

Die Teilnehmenden sollen

- umfassend auf die Übernahme von Führungsverantwortung vorbereitet werden,
- über grundlegende Kenntnisse zu den Themen Kommunikation, Rhetorik und Verhandlungsführung verfügen,
- verschiedene Führungsmodelle, -instrumente und -methoden und
- die Rolle einer Führungskraft als Repräsentant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung kennen.

Thema	Unterrichtsstunden	Inhalte	Lernziele
Interaktives Lernprogramm zu Beginn des Moduls	4	<ul style="list-style-type: none"> – Neu in der Führungsrolle – Hybride Führung 	Die Teilnehmenden sollen eine Einführung in das Thema erhalten.
Kommunikation und Gesprächsführung	18	<ul style="list-style-type: none"> – Psychologie des Gesprächs – Einstellen auf die Gesprächspartnerin, den Gesprächspartner – Gesprächstechniken (aktives Zuhören, Ich-Botschaften, Fragetechnik) – Überwinden von Kommunikationsbarrieren 	Die Teilnehmenden sollen die Grundregeln der Gesprächsführung und die Methoden zu einer ergebnisorientierten Gesprächsgestaltung kennen sowie Gesprächstechniken adäquat einsetzen können.
Grundlagen der Mitarbeiterführung	27	<ul style="list-style-type: none"> – Herausforderung an Führung heute – Führungstheorien und Führungsmodelle – Führungsstile – welcher ist der richtige? – Teamarbeit: von der Koordination zur Kollaboration – Gender Mainstreaming – Bedeutung der Inklusion im Team unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention 	Die Teilnehmenden sollen verschiedene Führungsstile und die Erfolgsfaktoren für ein gutes Führungsverhalten kennen. Darüber hinaus sollen die Teilnehmenden hilfreiche Anregungen für ihre Führungstätigkeit gewinnen und Führungsinstrumente einsetzen können.
Rhetorik	18	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitung und Gestaltung von Reden – Dialektische Grundstrukturen und Argumentationstechniken – Aufbereitung von Redehalten mittels kreativer Arbeitstechniken – Rhetorische Hilfsmittel – Körpersprache und Stimmeinsatz – Umgang mit Redeangst, Zwischenfragen und Zwischenrufen 	Die Teilnehmenden sollen wissen, worauf rhetorische Wirkungen basieren, rhetorische Mittel und Argumentationstechniken kennen und Sachverhalte vor Publikum überzeugend darstellen können.
Verhandlungsführung	18	<ul style="list-style-type: none"> – Merkmale von Verhandlungssituationen – Verhandlungsschritte und Verhandlungsablauf – Verhandlungsstrategien – Verhandlungstypen und Reaktionsmöglichkeiten – Grundsätze erfolgreicher Verhandlungspolitik 	Die Teilnehmenden sollen die Grundsätze der Verhandlungsführung sowie die Techniken der Argumentation kennen und in der Lage sein, ergebnis- und konsensorientiert zu verhandeln.
Führung im demokratischen Wertesystem	18	<ul style="list-style-type: none"> – Werteorientierung als Basis von Führung – Verwaltungssprache im Innen- und Außenverhältnis – Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – Sensibilisierung für Aspekte von Diversity – Extremismus als innere Einstellung und äußere Haltung – Nachhaltigkeitsmanagement als Aufgabe der Verwaltung 	Die Teilnehmenden erkennen Werteorientierung als Basis von Führung. Sie sollen wissen, wie sie Einfluss auf eine verständliche und bürgernahe Verwaltungssprache nehmen und dabei die Aspekte des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und Diversity berücksichtigen können. Weiterhin erwerben sie Grundkenntnisse im Umgang mit Extremismus und treffen ihre Entscheidungen unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit.
Summe Unterrichtsstunden	103		

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz (SMWA) über einen Aufruf zur Entwicklung innovativer und Optimierung digitalgestützter Aus- und Weiterbildungsangebote

Vom 13. Januar 2025

Es gelten die Vorgaben der ESF Plus-Richtlinie Zukunft berufliche Bildung vom 17. Mai 2022, die zuletzt durch die Richtlinie vom 12. Juli 2024 geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 21. November 2023. Gemäß Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a der Richtlinie werden auf Initiative des SMWA Interessierte aufgefordert, geeignete Projektanträge einzureichen, die die fachspezifischen Vorgaben dieser Bekanntmachung erfüllen.

1. Ziel und Gegenstand der Förderung

Im Zuge der vielgestaltigen Transformation stehen Aus- und Weiterbildungsakteure vor einer doppelten Herausforderung: einerseits müssen sie selbst über die notwendige Flexibilität und Innovationskraft verfügen, um mit den Anforderungen des fortschreitenden digitalen, demografischen und ökologischen Wandels Schritt halten zu können. Andererseits spielen sie eine zentrale Rolle dabei, für andere Organisationen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bedarfsgerechte und zeitgemäße Bildungsangebote zu entwickeln, die für deren eigene Transformation notwendig sind. Hierbei gilt es, die Möglichkeiten der rasanten technologischen Entwicklung bei der Ausgestaltung der Angebote und Formate zu nutzen. Ziel muss es sein, eine qualitativ hochwertige berufliche Bildung zu ermöglichen, die sich weiterhin als zentraler Unterstützer der sächsischen Wirtschaft erweist und wettbewerbsfähig gegenüber weiterführenden schulischen und akademischen Angeboten bleibt.

Die Zukunftsfähigkeit der Aus- und Weiterbildungsangebote setzt eine kontinuierliche Weiterentwicklung bereits bestehender Aus- und Weiterbildungsangebote im Hinblick auf die didaktisch-methodische Gestaltung unter Einsatz technologie- beziehungsweise digitalgestützter Lehr-Lern-Werkzeuge voraus. Zudem besteht das Erfordernis, den technologischen Fortschritt für die Entwicklung neuer bedarfsgerechter beruflicher Bildungsangebote zu nutzen. Um einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft zu leisten, sollen folgende zwei Förderschwerpunkte gefördert werden:

1. Die Entwicklung, Einführung und praktische Erprobung von innovativen, digitalgestützten Aus- und Weiterbildungsangeboten unter Einsatz digitaler Lehr- und Lernwerkzeuge, die die berufliche Aus- und Weiterbildung auf eine moderne und zukunftsfähige Art und Weise unterstützen. Dabei sollen insbesondere innovative Ansätze gefördert werden, die die veränderte Bedarfsstruktur hin-

sichtlich Flexibilität, Interaktivität, Praxisnähe und Ortsunabhängigkeit berücksichtigen.

Beispielhaft wären:

- Digitale Lernplattformen,
- Blended Learning Konzepte,
- Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR),
- E-Learning und Mobile Learning,
- digitale Kollaborationswerkzeuge und Multimedia (Lernmaterialien: Videos, Tutorials, Podcasts),
- Gamification oder
- Künstliche Intelligenz (KI) et cetera

2. Die Optimierung und Weiterentwicklung bestehender digitaler Aus- und Weiterbildungsangebote durch die didaktisch-methodische Gestaltung unter Einsatz technologie- beziehungsweise digitalgestützter Lehr-Lern-Werkzeuge und deren praktische Erprobung.

Der Einsatz von digitalen Tools in der Aus- und Weiterbildung soll sowohl bei der Entwicklung als auch bei der Optimierung und Weiterentwicklung von digitalen beruflichen Bildungsangeboten am Lernerfolg sowie am Lerntransfer ausgerichtet sein.

Zudem sollen die Ergebnisse beider Förderschwerpunkte hinsichtlich ihres Nutzens und ihrer Übertragbarkeit auf andere Unternehmen bewertet werden. Die Förderschwerpunkte sind auch miteinander kombinierbar.

Die Vielfalt möglicher Beiträge wird nicht durch konkrete Vorgaben einzelner Themenfelder eingeschränkt. Entscheidend sind die Berücksichtigung der Regelungen der Richtlinie sowie der fachlich-inhaltlichen Anforderungen an die Projektauswahl gemäß Nummer 4.6 dieser Bekanntmachung.

Die Integration interdisziplinärer Ansätze wird jedoch ausdrücklich begrüßt. Vorhaben die verschiedene Fachdisziplinen und Perspektiven miteinander verknüpfen, tragen zur Schaffung von Synergien und Entwicklung innovativer Lösungen bei.

Die Teilnahme an Fachveranstaltungen auf Initiative des SMWA ist Bestandteil der Zielsetzung den fachlichen Austausch, den Wissenstransfer sowie die Vernetzung der Zuwendungsempfänger zu fördern.

2. Art und Höhe der Zuwendung, Förderausschluss

- 2.1 Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Förderung. Die Förderung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

- 2.2 Gefördert werden Vorhaben mit einer Mindestförder-
summe von 50 000 Euro. Die Projektlaufzeit beträgt
bis zu 36 Monate.
- 2.3 Gefördert werden bis zu 80 Prozent der förderfähigen
projektbezogenen Ausgaben gemäß den Förderfähigen
Ausgaben und Kosten (FFAK) im Rahmen der ESF
Plus-Förderung 2021–2027. Sofern eine Beihilfe (ver-
gleiche Nummer 3.7) vorliegt, dürfen die zulässigen
Beihilfehöchstintensitäten der im Einzelfall einschlägi-
gen Regelung nicht überschritten werden.
- 3. Zuwendungsvoraussetzungen**
- 3.1 Zuwendungsempfänger sind Träger (natürliche Per-
sonen mit Unternehmereigenschaft oder juristische
Personen oder Personenvereinigungen des privaten
und öffentlichen Rechts), welche ihren Sitz oder Nie-
derlassung im Freistaat Sachsen haben.
Vorhaben können auch von mehreren antragsberech-
tigten Akteuren gemeinsam durchgeführt werden (so-
genannte Kooperationsvorhaben). Bei einem Koopera-
tionsvorhaben handelt es sich um eine gemeinsame
Umsetzung von Projektvorhaben mehrerer Einrich-
tungen/Unternehmen. Dabei ist durch den Kooperati-
onsverantwortlichen im Projektvorschlag die geplante
Kooperation inhaltlich darzustellen und die Kooperati-
onspartner zu benennen.
- 3.2 Die Inhalte der Vorhaben richten sich insbesondere
an folgende Zielgruppen: Beschäftigte; Auszubil-
dende; Umschülerinnen/Umschüler; dual Studierende;
Werkstudierende; Praktikantinnen und Praktikanten;
arbeitsmarktnahe oder ausbildungsfähige Menschen/
junge Eltern am direkten Übergang in Arbeit oder Aus-
bildung; Klein- und Kleinstunternehmen sowie mittlere
Unternehmen, Unternehmerinnen/Unternehmer und
Selbständige. Eine spezielle Zielgruppe könnte auch
das Aus- und Weiterbildungspersonal sein.
- 3.3 Die Teilnehmenden haben ihren Hauptwohnsitz oder
ihren Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsort im
Freistaat Sachsen.
- 3.4 Die teilnehmenden Unternehmen haben ihren Sitz
oder ihre Niederlassung im Freistaat Sachsen.
- 3.5 Der Bedarf und die Zusätzlichkeit des Vorhabens
gegenüber bestehenden Angeboten der beruflichen
Bildung sind darzustellen. Vergleichbare weitere Un-
terstützungsleistungen sind vorrangig in Anspruch zu
nehmen. Eine Doppelfinanzierung ist auszuschließen.
- 3.6 Die in Umsetzung des Projektes entwickelten Ergeb-
nisse sollen allen interessierten Bildungsdienstleistern
für eine Nachnutzung von drei Jahren nach Projek-
tende unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.
- 3.7 Soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche
Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Ver-
trags über die Arbeitsweise der Europäischen Union
(AEUV) (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 1) handelt, wer-
den diese nach Maßgabe und unter Einhaltung der
Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen
Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung sowie
deren Nachfolgebestimmungen gewährt:
- a) De-minimis-Verordnung (Verordnung (EU)
Nr. 2023/2831),
- b) Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (Ver-
ordnung (EU) Nr. 651/2014),
- c) DAWI-De-minimis-Verordnung (Verordnung (EU)
Nr. 2023/2832),
- d) DAWI-Freistellungsbeschluss (Beschluss der
Kommission vom 20. Dezember 2011 über die An-
wendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags
über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf
staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistun-
gen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit
der Erbringung von Dienstleistungen von allge-
meinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind).
- 3.8 Gefördert werden Vorhaben, die sachsenweit wirken.
Sachsenweit wirkende Vorhaben beziehen sich in der
Umsetzung stets auf beide Regionenkategorien (Über-
gangsregion (Region Dresden und Chemnitz) / stärker
entwickelte Region (Region Leipzig)) gleichermaßen
und sollen eine möglichst „einheitliche“ Unterstützung
für beide Regionen bieten und regionenübergreifende
Synergieeffekte nutzen.
Projektanträge mit einzig regionalem Bezug sind aus-
geschlossen. Hierfür steht die ESF Plus-Richtlinie Zu-
kunft berufliche Bildung des SMWA vom 17. Mai 2022,
Ziffer II Nummer 1 Buchstabe b als Fördergrundlage
zur Verfügung.
- 4. Auswahl- und Bewilligungsverfahren**
- 4.1 Zuständig für Beratung, Antragstellung und Bewilli-
gung ist die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)
Sitz: Leipzig
Geschäftsadresse:
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Telefon: 0351 4910-4930
Telefax: 0351 4910-5491
E-Mail: bildung@sab.sachsen.de
www.sab.sachsen.de
- 4.2 Die Auswahl der Vorhaben erfolgt in einem zweistufi-
gen Verfahren.
- 4.3 Für das Auswahlverfahren ist ein Projektvorschlag ein-
zureichen.
Projektvorschläge sind bis zum 30. April 2025 bei der
SAB einzureichen.
Das Verfahren zur Einreichung der Projektvorschläge
wird auf der Internetseite der SAB veröffentlicht. Struk-
tur und Inhalt des Projektvorschlags sind nach den
Vorgaben der Nummer 4.6 dieser Bekanntmachung
aufzubauen. Die Projektbeschreibung (inklusive Deck-
blatt und Anlagen) darf maximal 15 Seiten umfassen.
Projektvorschläge, die diese Seitenzahl übersteigen,
werden vom Auswahlverfahren ausgeschlossen. Die
Projektbeschreibung ist klar, prägnant und aussage-
kräftig zu formulieren. Sie muss für die Prüfung der
Förderwürdigkeit und Förderfähigkeit des beantragten
Vorhabens eine hinreichende und nachvollziehbare
Darstellung zu den unter Nummer 4.6 genannten Kri-
terien enthalten.
Eine Informationsveranstaltung für interessierte Träger
ist geplant. Weitere Informationen dazu werden auf der
Internetseite der SAB veröffentlicht.
- 4.4 Nach Eingang der Projektvorschläge erfolgt eine for-
male Prüfung durch die Bewilligungsstelle.
- 4.5 Die fachliche Bewertung und Auswahl der Projektvor-
schläge erfolgt durch eine Fachjury. Die Fachjury setzt
sich aus Vertretern der SAB, des ZEFAS, der DiAS und
des SMWA zusammen.

- 4.6 Die fachlich-inhaltliche Bewertung und Auswahl der Projektvorschläge erfolgt auf der Grundlage einer Bewertungsmatrix anhand folgender Kriterien:
- 4.6.1 Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
- Ausgangssituation, Bedarf
 - Darstellung des Feldzuganges zu den partizipierenden Unternehmen
 - Beschreibung des praktischen Nutzens des Vorhabens bei Einbindung von KMU für die Projektumsetzung
 - Beschreibung des Auswahlverfahrens der KMU und Begründung der Auswahl
 - sachsenweiter Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung, Nennung des Durchführungsortes
 - konkrete Zielbeschreibung
 - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmenden
 - inhaltliche Abgrenzung zu bestehenden Vorhaben und Fördermöglichkeiten/Förderprogrammen
 - Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, gegebenenfalls Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
- 4.6.2 Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
- Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen (zum Beispiel KMU-Strukturen; Innovationscharakter, Entwicklung unterschiedlicher Lernansätze je Zielgruppe zum Beispiel Auszubildende, Beschäftigte verschiedener Altersgruppen)
 - Laufzeit, zeitliche Gliederung, Meilensteinplan
 - Verantwortlichkeiten
 - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
 - Inhaltliche Kompetenz des potenziellen Zuwendungsempfängers und des geplanten Personals
 - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
- 4.6.3 Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
- Benennung zu erwartender Ergebnisse
 - Dokumentation der Ergebnisse
 - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
 - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis (Nutzerorientierung)
 - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung) und zur Nachnutzung der Ergebnisse bei erfolgversprechender Erprobung
 - gegebenenfalls Ausbau für weitere/andere Branchen
- 4.6.4 Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
 - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
 - Anzahl der Teilnehmenden/Projekte
- 4.6.5 Die Förderung ist demografieorientiert. Folgende Mindestanforderungen bezogen auf die ESF Grundsätze müssen erfüllt werden:
- Grundsatz der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sowie Gleichstellung der Geschlechter,
 - Wahrung der Charta der Grundrechte,
 - Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung.
- Entsprechende Ausführungen zu den Grundsätzen sind im Projektvorschlag erforderlich. Nähere Informationen zu den Grundsätzen im ESF Plus finden Sie auf der Internetseite der SAB www.sab.sachsen.de.
- 4.7 Einen Zusatzpunkt erhalten Projektvorschläge von Trägern, die ihre Beschäftigten nach einem Tarifvertrag entlohnen.
- 4.8 Die Bewertung der Förderfähigkeit und Förderwürdigkeit der eingereichten Projektvorschläge erfolgt innerhalb von circa zehn Wochen nach Ablauf der unter Nummer 4.3 genannten Einreichungsfrist. Die Auswahlentscheidung wird durch die Bewilligungsstelle schriftlich mitgeteilt.
- 4.9 Die Interessenten der ausgewählten Projektvorschläge werden schriftlich zur Vorlage eines formgebundenen Förderantrages durch die Bewilligungsstelle aufgefordert.
- 5. Öffnungsklausel**
- Das SMWA kann zu allen Bestimmungen im Rahmen dieser Bekanntmachung Abweichungen zulassen, wenn dies der Programmumsetzung dient und mit den Zielstellungen dieses Projektauftrages vereinbar ist. Die Bewilligungsstelle kann darüber hinaus abweichende Bestimmungen im Einzelfall zulassen. Voraussetzung ist die Vereinbarkeit mit den Bestimmungen der Förderrichtlinie.

Dresden, den 13. Januar 2025

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz
Uwe Bartoschek
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb einer Jugendhilfeeinrichtung (VwV Erlaubnis Jugendhilfeeinrichtungen – VwVERlJugHiE)

Vom 20. Januar 2025

Zur Durchführung von § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. November 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 361) geändert worden ist, wird bestimmt:

schen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie für den Betrieb von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen vom 16. Juni 2000 (SächsABl. S. 517), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDR. S. S 306).

Teil A Einweisung in die Anwendung

I. Geltungsbereich

Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Einrichtungen nach § 45a des Achten Buches Sozialgesetzbuch, in denen Kinder und Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten und die nach § 45 und § 48a des Achten Buches Sozialgesetzbuch einer Erlaubnis bedürfen. Dazu gehören insbesondere

1. sozialpädagogisch begleitete Wohnformen (§ 13 Absatz 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
2. gemeinsame Wohnformen für Mütter oder Väter und Kinder (§ 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
3. Tagesgruppen (§ 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
4. Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung über Tag und Nacht und sonstige betreute Wohnformen (§ 34 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
5. Wohnformen zur intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung (§ 35 des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
6. Wohnformen zur Leistungsgewährung nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 und 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch,
7. Formen der Unterbringung zur Inobhutnahme (§§ 42, 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch) und
8. Einrichtungen nach den Nummern 1 bis 6, in denen Kinder und Jugendliche ohne und mit Behinderungen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch und dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch inklusiv betreut und untergebracht werden.

II. Ausschluss der Anwendung

Diese Verwaltungsvorschrift gilt nicht für Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege gemäß § 22 des Achten Buches Sozialgesetzbuch. Sie gilt nicht für Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gemäß Nummer 1.2 der Verwaltungsvorschrift des Sächsi-

Teil B Grundsätzliches

I. Erteilung der Betriebserlaubnis

Die Erlaubnis für den Betrieb der Einrichtung nach § 45 des Achten Buches Sozialgesetzbuch oder der sonstigen betreuten Wohnform nach § 48a des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist gemäß § 45 Absatz 2 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung oder der Wohnform gewährleistet ist.

II. Wohl der Kinder und Jugendlichen

1. Ziel der pädagogischen Arbeit in den Einrichtungen ist es, die individuelle und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu fördern. Dies beinhaltet die stetige Weiterentwicklung der Konzeption entsprechend des Bedarfs.
2. Das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung oder der Wohnform ist in der Regel dann gewährleistet, wenn die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden
 - a) räumlichen in Teil C geregelten (§ 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 erste Alternative des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
 - b) fachlichen in Teil D geregelten (§ 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 zweite Alternative des Achten Buches Sozialgesetzbuch),
 - c) personellen in Teil E geregelten (§ 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 vierte Alternative des Achten Buches Sozialgesetzbuch) Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt und die in § 45 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1, Nummer 3 und Nummer 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch gestellten Anforderungen eingehalten sind.
3. Die räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen sind vom Zweck und der Kon-

zeption der jeweiligen Einrichtungen abhängige Mindestanforderungen. Diese können insbesondere nach Alter und Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen differieren. Erfüllt oder übertrifft der Einrichtungsträger in der jeweiligen Einrichtung die Mindeststandards, welche das Wohl der Kinder und Jugendlichen gewährleisten, sind die Voraussetzungen an die Betriebserlaubniserteilung nach § 45 Absatz 2 Satz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch unter Bezugnahme auf die vom Antragsteller nach § 45 Absatz 3 Nummer 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch vorgelegte Einrichtungskonzeption als erfüllt zu erachten. In der Betriebserlaubnis sind die in der jeweiligen Einrichtung erforderlichen Mindeststandards auszuweisen, die für die Gewährleistung des Kindeswohls erforderlich sind.

4. Der Einrichtungsträger ist im Bescheid zu verpflichten, besondere Vorkommnisse, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen, den Betrieb der Einrichtung und die Sicherheitsbestimmungen in der Einrichtung betreffen, unverzüglich dem Landesjugendamt und dem zuständigen Jugendamt mitzuteilen.
5. Der Einrichtungsträger ist im Bescheid zu verpflichten, das Landesjugendamt und den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe unverzüglich über wirtschaftliche Schwierigkeiten der Einrichtung zu unterrichten, die die Versorgung der jungen Menschen oder den Bestand der Einrichtung gefährden können.

Teil C Räumliche Voraussetzungen

I. Sicherheit

1. Räume, Anlagen und sonstige Einrichtungen müssen so beschaffen sein, dass sie dem Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gerecht werden.
2. Für die Einhaltung der Vorschriften des Baurechts, der Bestimmungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Regelungen zum Schutz vor Unfällen und Bränden sowie für die Durchführung notwendiger sicherheitstechnischer Prüfungen von Anlagen und Einrichtungen ist der Einrichtungsträger verantwortlich. Dem Landesjugendamt sind auf Verlangen einschlägige Stellungnahmen und Nachweise der für die Prüfung zuständigen Behörden und Stellen vorzulegen.
3. Alter und Entwicklungsstand der Kinder oder Jugendlichen sowie die Art der Einrichtung können besondere Sicherungsmaßnahmen erfordern. Dazu zählt
 - a) das Vorhandensein von Heizkörper- und Steckdosensicherungen,
 - b) die Absicherung von Mischbatterien in Duschen und Bädern zur Vermeidung von Verbrühungsgefahr,
 - c) der Verzicht auf Schwing- und Pendeltüren,
 - d) der Verzicht auf Verglasungen von Fenstern, Wänden und Türen, die bis zum Boden reichen oder die Verwendung von Sicherheitsglas,
 - e) das Vorhandensein von Schutzvorrichtungen an Fenstern, Glastüren, Treppengeländern, Balkonen und Kellerschächten sowie
 - f) das Vorhandensein von Zäunen am Freigelände.Das Landesjugendamt kann weitere besondere Sicherungsmaßnahmen fordern.

II. Lage, Bau und Ausstattung

1. Der Einrichtungsträger hat nachzuweisen, dass er bei der Wahl des Standortes die sich aus Zweck, Aufgabe und Konzeption der Einrichtung ergebenden Anforderungen an das soziale Integrationspotential der Wohnumgebung, die Nähe zu Schulen und Ausbildungsstätten, die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, sowie eine gesunde Wohnumwelt beachtet und mit dem Wohl der Kinder und Jugendlichen in Einklang gebracht hat. Einrichtungen sind nicht zulässig in Gebäuden, in denen sich eine Gaststätte, eine Spielhalle oder ein ähnlicher Betrieb befindet.
2. Der Einrichtungsträger hat nachzuweisen, dass dem Bedürfnis von Kindern und Jugendlichen nach Spiel und Bewegung in der Freizeit durch die Gestaltung der Einrichtung (zum Beispiel Zugang zu einem Freigelände), die Einbettung in die Umgebung oder Angebote zur Freizeitbetreuung entsprochen wird.
3. In Einrichtungen über Tag und Nacht sollen Kinder und Jugendliche in Gruppen betreut werden, denen jeweils ein eigenständiger Wohnbereich zugeordnet ist. In Einrichtungen nach Teil A Ziffer I Satz 2 Nummer 8 sollen Kinder und Jugendliche in den Gruppen inklusiv betreut werden. Die Gestaltung der Wohnbereiche soll eine der pädagogischen Konzeption entsprechende räumliche Begrenzung des Alltagslebens der Gruppen voneinander erlauben. Küche und Aufenthaltsräume sind in der Regel einer Gruppe zuzuordnen. Eine gemeinschaftliche Nutzung von weiteren Funktionsräumen durch mehrere Gruppen ist in der Regel zulässig.
4. Für die bauliche Gestaltung und die Ausstattung gilt:
 - a) Einrichtungen zur Unterbringung über Tag und Nacht sind mit Ein- oder Zweibettzimmern auszustatten, wobei Einbettzimmer eine Mindestfläche von 8 Quadratmetern und Doppelzimmer eine Mindestfläche von 14 Quadratmetern haben müssen. Der Einrichtungsträger hat dafür Sorge zu tragen, dass im Bedarfsfall Einzelunterbringungen ermöglicht werden können.
 - b) Bei Einrichtungen nach § 19 des Achten Buches Sozialgesetzbuch muss das Zimmer für Mutter oder Vater und Kind mindestens 14 Quadratmeter groß sein.
 - c) Bei Tagesgruppen beträgt die Mindestfläche 10 Quadratmeter pro Kind oder Jugendlichen bezogen auf die Einrichtung.
 - d) Fenster sind bei direkter Sonneneinstrahlung mit Sonnen- oder Blendschutzvorrichtungen zu versehen.
 - e) Fußböden müssen trittsicher und splitterfrei sein.
 - f) Bei mehr als sechs Bewohnern sind mehrere, für Bewohner ab dem siebten Lebensjahr auch nach Geschlechtern getrennte, Toiletten, Wasch- und Duschmöglichkeiten vorzusehen.
 - g) Für Personal ist eine separate Toilette mit Handwaschmöglichkeit sowie ein Raum für Bereitschaftszeiten und Beratungen vorzuhalten.
 - h) Durchgangszimmer und gefangene Zimmer sind als Bewohnerzimmer nicht zulässig.
5. In Einrichtungen nach Teil A Ziffer I Satz 2 Nummer 8 gilt zusätzlich:
 - a) Kinder und Jugendliche dürfen entsprechend der Art und Schwere der Behinderungen keinen räumlichen Barrieren ausgesetzt sein.

- b) Eigene Räumlichkeiten für Therapieangebote sollen vorgehalten werden. Nummer 3 Satz 5 gilt entsprechend.
 - c) Abweichend von Nummer 4 Buchstabe a kann das Landesjugendamt festlegen, dass in Abhängigkeit von Zweck und Konzeption der Einrichtung höhere Raumbedarfe erforderlich sind.
6. Dem Schutzraumcharakter von Formen der Unterbringung zur Inobhutnahme nach Teil A Ziffer I Satz 2 Nummer 7 muss Rechnung getragen werden. Es muss eine erkennbare räumliche Trennung zwischen Plätzen nach § 42 des Achten Buches Sozialgesetzbuch und anderen Einrichtungen beziehungsweise Einrichtungsteilen bestehen (zum Beispiel abgegrenzter Bereich und eigene Zugänge).

Teil D

Fachliche Voraussetzungen

Die Einrichtung bedarf einer schlüssigen Konzeption in Bezug auf ihren Zweck und ihre Ziele. Dabei ist die Selbstständigkeit der Träger der freien Jugendhilfe zu achten. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn die angewandten Methoden und Prinzipien der Erziehung eine Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen darstellen. Die Konzeption der Einrichtungen nach Teil A Ziffer I Satz 2 Nummer 8 hat auch heilpädagogische, therapeutische und pflegerische Aspekte zu berücksichtigen.

Teil E

Personelle Voraussetzungen

I.

Allgemeines

Die Prüfung der Eignung des Personals obliegt dem Einrichtungsträger. Dieser hat vor der Aufnahme des Betriebs der Einrichtung und vor dem Einsatz weiteren oder anderen Personals nachzuweisen, dass aufgabenspezifische Ausbildungsnachweise und erweiterte Führungszeugnisse nach § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 245) geändert worden ist, beim Einrichtungsträger vorliegen sowie Behördenführungszeugnisse nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes zur Vorlage beim Landesjugendamt abgefordert sind. Durch Nebenbestimmung ist zu gewährleisten, dass der Einrichtungsträger im Abstand von höchstens fünf Jahren Führungszeugnisse erneut anfordert und prüft. § 47 des Achten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt.

II.

Qualifikation

1. Die Einrichtungsleitung ist eine Fachkraft, die eine mindestens zweijährige berufliche Tätigkeit im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nachweisen kann und über ausreichende Kenntnisse in Sozialpädagogik und Sozialmanagement verfügt. Größe und Aufgabenstellung der Einrichtung können eine wissenschaftlich ausgebildete Fachkraft (Studium der Sozialpädagogik oder des Sozialmanagements, postgradualer Studiengang oder Weiterbildung in Sozialmanagement) erfordern.

2. Pädagogische Fachkräfte im Sinne von § 29 Absatz 1 Satz 1 des Landesjugendhilfegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2008 (SächsGVBl. S. 578), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 516) geändert worden ist, sind:

- a) staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
- b) Personen mit abgeschlossenem Studium der Sozialpädagogik, Sozialarbeit, soziale Arbeit oder Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt oder Hauptfach Sozialpädagogik,
- c) Heilpädagoginnen und Heilpädagogen mit Fachschul- und Hochschulabschluss,
- d) Personen mit abgeschlossener Weiterbildung zur Fachkraft für soziale Arbeit,
- e) Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen und
- f) Personen mit einem in Buchstabe a bis e nicht genannten Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss mit pädagogischem Schwerpunkt nach Zustimmung des Landesjugendamtes, die befristet werden kann.

3. Vom Landesjugendamt können als Fachkräfte in Abhängigkeit vom Tätigkeitsfeld und der Konzeption der Einrichtung weiterhin anerkannt werden:

- a) Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger und
- b) Psychologinnen und Psychologen.

4. Andere nach Vorbildung und Erfahrung geeignet erscheinende Personen dürfen im Einzelfall auf Antrag des Trägers der Einrichtung mit Zustimmung des Landesjugendamtes eingesetzt werden; die Zustimmung kann unter Auflagen erfolgen. Auf § 29 des Landesjugendhilfegesetzes wird verwiesen. Personen in Ausbildung dürfen unter Anleitung der pädagogischen Fachkräfte mit Zustimmung der Erlaubnisbehörde als Zusatzpersonal eingesetzt werden. Ab dem letzten Ausbildungsjahr können diese im Mindestpersonalbestand berücksichtigt werden. Abweichend von Nummer 2 sollen in Einrichtungen nach Teil A Ziffer I Satz 2 Nummer 8 neben pädagogischen Fachkräften auch Fachkräfte nach Nummer 2.6.5 Buchstabe a bis j der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie für den Betrieb von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen eingesetzt werden. Als zusätzliche Betreuungskräfte können auch Fachkräfte nach Nummer 2.6.5 Buchstabe k bis m der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie für den Betrieb von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen eingesetzt werden. Pflegerischen und therapeutischen Bedarfen ist durch ausreichend geeignete Fachkräfte während der Betreuungszeiten nachzukommen.

III.

Personelle Besetzung

1. Der Einrichtungsträger hat vor der Erteilung der Betriebserlaubnis die Leitungs- und Betreuungskräfte und deren Beschäftigungsumfang dem Landesjugendamt anzugeben. Die Betriebserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn durch die geplante personelle Besetzung der Personalmindestbedarf gedeckt ist.

2. Der Einrichtungsträger ist zur Einhaltung des Personalmindestbedarfs und zur unverzüglichen Anzeige von Änderungen der Angaben nach Nummer 1 und der Konzeption zu verpflichten. Die Betriebserlaubnis ist mit dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall zu versehen, dass der Personalmindestbedarf bezogen auf die Belegung der Einrichtung nicht eingehalten ist oder Änderungen nicht mitgeteilt werden.
3. Zur Bestimmung des Personalmindestbedarfs gilt für Angebote nach § 13 Absatz 3 und § 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch Folgendes:
 - a) in sozialpädagogisch begleiteten Wohnformen (§ 13 Absatz 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch) eine Fachkraft für acht junge Menschen nach § 7 Absatz 1 Nummer 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch,
 - b) in Tagesgruppen (§ 32 des Achten Buches Sozialgesetzbuch) eine Fachkraft für vier Kinder oder Jugendliche bei einer Gruppenstärke von maximal zehn Kindern oder Jugendlichen.
4. Zur Bestimmung des Personalmindestbedarfs gilt für Angebote nach §§ 19, 34, 42 und 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch Folgendes:
 - a) Eine Gruppe darf höchstens aus zehn Kindern und Jugendlichen einschließlich Mütter und Väter bestehen.
 - b) Die personelle Mindestbesetzung muss entsprechend der Anzahl der Gruppen und der Gruppenstärke, dem Alter der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen und der festgelegten Platzkapazität gewährleistet sein (Personalbemessung).
 - c) Einrichtungen nach §§ 19, 34 und 35a des Achten Buches Sozialgesetzbuch haben zur Umsetzung des fachlichen Auftrags und zur Erfüllung der Aufsichtspflicht die Tages- und Nachtbetreuung zu gewährleisten. Bei der Berechnung des Personalmindestbedarfes soll die Konzeption, welche Bestandteil der Betriebserlaubnis ist, berücksichtigt werden. Räumliche Besonderheiten, die Aufnahmebereitschaft, das Alter der zu Betreuenden sowie ein besonderer Betreuungsbedarf können zusätzliches Personal und Ausstattung erfordern.
- d) Einrichtungen der Inobhutnahme nach §§ 42, 42a des Achten Buches Sozialgesetzbuch haben die Aufnahmebereitschaft und Betreuung über Tag und Nacht sicherzustellen.
5. Jede Einrichtung muss eine pädagogische Leitung haben. Die gruppenfreie Zeit für die pädagogische Leitung ist mit einem Sechzehntel Vollzeitäquivalent je Vollzeitäquivalent an Fachkräften zu bemessen.
6. Das Landesjugendamt kann für Einrichtungen nach Teil A Ziffer I Satz 2 Nummer 8 festlegen, dass
 - a) während der Betreuungszeiten der Einsatz mehrerer Fachkräfte erforderlich ist und
 - b) der Personalmindestbedarf höher ausfällt.

Teil F

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über die Erteilung einer Erlaubnis für den Betrieb einer Jugendhilfeeinrichtung vom 18. Juni 2021 (SächsABl. S. 870), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 30. November 2023 (SächsABl. SDr. S. S306), außer Kraft.

Dresden, den 20. Januar 2025

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und
Anlagenrechtsbescheinigung
Gemarkung Kauschwitz
Vom 6. Januar 2025

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass der Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland, Hammerstraße 28 in 08523 Plauen, einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Der Antrag (Az.: 32-0552/33/23) betrifft die vorhandenen Trinkwasserleitungen einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von der Anlage betroffenen Grundstückseigentümer der Stadt Plauen (Gemarkung Kauschwitz) können den eingereichten Antrag sowie die beigelegten Unterlagen in der Zeit

vom 10. Februar bis einschließlich 10. März 2025

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Chemnitz, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0371/532-1145.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Leipzig, den 6. Januar 2025

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite <https://www.lids.sachsen.de/kontakt> abrufbar.

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Teilgenehmigung der
5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes Kommunale
Informationsverarbeitung Sachsen KISA**

Gz.: 20-2217/89/45

Vom 23. Januar 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 22. Januar 2025 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung am 25. September 2024 beschlossene 5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA hinsichtlich ihrer Artikel 1 bis 6 genehmigt sowie hinsichtlich ihres Artikels 7 im Hinblick auf das Einfügen des Landkreises Unstrut-Hainich-Kreis, der Städte Brand-Erbisdorf, Froburg, Gotha, Jena, Kurort Oberwiesenthal, Markkleeberg und Schmöln, der Gemeinden Bad Brambach, Großhartmannsdorf, Haselbachtal und Lohmen, des Verwaltungsverbands Am Klosterwasser, des Regionalen Planungsverbands Oberes Elbtal/Osterzgebirge und der Klassik Stiftung Weimar sowie das Streichen der Gemeinde Neustadt/Vogtl. in der Anlage zur Satzung für den Zweckverband genehmigt. Hinsichtlich des Einfügens des

Landkreises Greiz, der Stadt Lucka, der Gemeinde Thermalbad Wiesenbad sowie der Verwaltungsgemeinschaften Oberes Sprottental, Pleißenau und Rositz in der Anlage zur Satzung für den Zweckverband wird die Genehmigung von Artikel 7 der 5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung zurückgestellt bis der Landesdirektion Sachsen die Beschlüsse der zuständigen Gremien über den Beitritt zum Zweckverband in Kenntnis der am 25. September 2024 beschlossenen Änderung der Verbandssatzung vorliegen.

Die 5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung tritt hinsichtlich der genehmigten Bestandteile am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.ids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 23. Januar 2025

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

**5. Satzung zur Änderung der Neufassung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes
„Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA**

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes hat am 25. September 2024 auf Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, folgende Änderung der Neufassung der Verbandssatzung vom 16. Juni 2016 (SächsABl. S. 1175) in der Fassung der 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung vom 22. November 2021 (SächsABl. S. 1765) beschlossen.

Artikel 1

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
wird wie folgt neu gefasst:

„Die Verbandsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Verbandsmitglieder, sofern nicht auf deren Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitglieds einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt. Im Verhinderungsfall können sich die Vertreter der Gemeinden, Landkreise, Verwaltungs- oder Zweckverbände nur im Rahmen der für sie geltenden kommunalrechtlichen Regelungen vertreten lassen. Die Vertreter juristischer Personen des Privatrechts können sich im Verhinderungsfall durch einen rechtsgeschäftlich Beauftragten vertreten lassen.“

Artikel 2

§ 7 Aufgaben der Verbandsversammlung wird wie folgt geändert:

Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Verbandsversammlung entscheidet auf der Grundlage der Verbandssatzung über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit diese nicht kraft Gesetzes oder durch Übertragung in die Zuständigkeit des Verwaltungsrates oder des Verbandsvorsitzenden fallen. Sie beschließt insbesondere über:

- a) den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und der Geschäftsordnung der Verbandsversammlung;
- b) die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter;
- c) die Wahl der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates;
- d) die Bestellung, und Entlassung von Geschäftsführern, die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung von sonstigen leitenden Bediensteten einschließlich den Fachbediensteten für das Finanzwesen des Zweckverbandes jeweils im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden sowie über die Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch auf Grund eines Tarifvertrages besteht;
- e) die Entsendung von Vertretern in Organe, Aufsichtsräte oder entsprechende Überwachungsorgane von Unternehmen, Verbänden und Organisationen, an denen der Verband beteiligt ist;
- f) die Errichtung, Übernahme, wesentliche Veränderung, vollständige oder teilweise Veräußerung und die Auflösung von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie die unmittelbare und mittelbare Beteiligung an solchen;
- g) den Wirtschaftsplan;
- h) die jährliche Festlegung der Umlagen;
- i) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung;
- j) die Wahl des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss;
- k) die Wahl des Rechnungsprüfers;
- l) die Entlastung des Verbandsvorsitzenden;
- m) die Entscheidung zu über- und außerplanmäßigen Aufwänden bzw. Auszahlungen von mehr als € 500.000 im Einzelfall, hierunter fallen nicht solche Aufwände bzw. Auszahlungen, die im jeweiligen Wirtschaftsjahr durch entsprechende Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen gedeckt werden;
- n) die Aufnahme neuer Mitglieder und das Ausscheiden von Mitgliedern;
- o) die Regelung der allgemeinen Rechtsverhältnisse der Verbandsbediensteten;
- p) alle sonstigen Angelegenheiten, die für den Verband von grundsätzlicher Bedeutung sind;
- q) die Auflösung des Verbandes und die Verteilung des Verbandsvermögens.“

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 neu eingefügt:

„Kann in den Fällen des Absatzes 2 lit. d kein Einvernehmen erzielt werden, entscheidet die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmen.“

Nach dem neuen Absatz 3 wird folgender Absatz 4 neu eingefügt:

„In den Fällen des Absatzes 2 bleibt bei der Ermittlung von Auftragswerten bzw. Aufwänden darauf entfallende Umsatzsteuer unberücksichtigt. Kann ein Gesamtwert für das

Rechtsgeschäft nicht angegeben werden, insbesondere weil es sich um wiederkehrende Verpflichtungen handelt, deren Ende vertraglich nicht festgelegt ist, ist für die Bestimmung des Wertes das Vierfache des Jahresauftragswertes, mindestens jedoch der zu erwartende Auftragswert während einer vereinbarten Mindestvertragsdauer zugrunde zu legen. Der Wert einer Rahmenvereinbarung wird auf der Grundlage des geschätzten Gesamtwertes aller Einzelaufträge berechnet, die während dieser Laufzeit geplant sind.“

Artikel 3

§ 9 Verwaltungsrat

In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „§ 42 Abs. 2 S. 1 SächsGemO“ durch die Worte

„§ 42 Abs. 1 S. 2 SächsGemO“

ersetzt.

Artikel 4

§ 10 Aufgaben des Verwaltungsrates wird wie folgt geändert:

Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Verwaltungsrat entscheidet über alle ihm durch die Verbandsversammlung mit dieser Satzung oder im Einzelfall übertragenen Angelegenheiten des Verbandes, soweit hierfür nicht nach dem Gesetz ausschließlich die Verbandsversammlung oder der Vorsitzende zuständig sind. Er entscheidet hiernach insbesondere über:

- a) die Aufnahme bzw. Streichung von Software aus dem Produkt- und Leistungsangebot des Zweckverbandes;
- b) entfallen;
- c) den Abschluss von Kreditverträgen ab einem Betrag von mehr als € 500.000 soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;
- d) die Vergabe von Aufträgen über Lieferungen und Leistungen, insbesondere zur Entwicklung von Programmen, über die Beschaffung von Hard- und Software ausgenommen Verträge nach Buchstabe n) sowie Wartung und Pflege soweit vom Wirtschaftsplan umfasst bei einem Gesamtwert von mehr als € 500.000;
- e) die Vergabe und Ausführung von Vorhaben des Investitionsplans, wenn die Gesamtkosten im Einzelfall mehr als € 250.000 betragen;
- f) den Erlass und die Niederschlagung von Ansprüchen des Verbandes im Wert von mehr als € 25.000 bis zu € 100.000 im Einzelfall sowie den Abschluss von Vergleichen, bei denen sich das Zugeständnis des Zweckverbandes in diesen Wertgrenzen bewegt;
- g) die Übernahme von Bürgschaften bis zu einer Höhe von € 250.000;
- h) die Stundung von Forderungen im Wert von mehr als € 25.000 bis zu € 500.000 im Einzelfall für die Dauer von maximal einem Jahr;
- i) den Abschluss von Versicherungsverträgen mit einem Gesamtwert von mehr als € 250.000 im Einzelfall soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;
- j) den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit nicht für den Zweckverband von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung;
- k) die Anmietung und Anpachtung sowie die Vermietung und Verpachtung von bebauten und unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit einem

Miet- oder Pachtzins von mehr als € 250.000 im Einzelfall soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;

- l) freiwillige Zuwendungen mit einem Betrag von mehr als € 1.000 bis zu € 10.000 im Einzelfall;
- m) die Entscheidung zu über- und außerplanmäßigen Aufwänden bzw. Auszahlungen von mehr als € 25.000 bis zu € 500.000 im Einzelfall, hierunter fallen nicht solche Aufwände bzw. Auszahlungen, die im jeweiligen Wirtschaftsjahr durch entsprechende Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen gedeckt werden;
- n) Miete, Leasing und Pacht von beweglichem Vermögen bei einer Betragssumme von mehr als € 250.000 im Einzelfall soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;
- o) den Abschluss von Verträgen mit Mitgliedern und sonstigen Kunden über Leistungen des Zweckverbandes bei einem Auftragswert von mehr als € 1.000.000 bis € 2.000.000;
- p) die Führung von Aktivprozessen, bei denen im Einzelfall der Streitwert mehr als € 50.000 bis zu € 250.000 beträgt.“

Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Bei der Ermittlung der Auftragswerte bzw. Aufwände nach Absatz 2 findet § 7 Absatz 4 entsprechende Anwendung.“

Artikel 5

§ 13 Aufgaben des Verbandsvorsitzenden wird wie folgt geändert:

Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder diese Satzung übertragenen Aufgaben. Er ist insbesondere zuständig für die Aufgaben, die nicht von grundsätzlicher Bedeutung für den Verband sind und für die nicht der Verwaltungsrat zuständig ist sowie für die innere Organisation der Verbandsverwaltung. Der Verbandsvorsitzende kann Aufgaben auf die Geschäftsführung übertragen. Der Verbandsvorsitzende ist hiernach u. a. für folgende Sachentscheidungen zuständig:

- a) die Vergabe von Aufträgen über Lieferungen und Leistungen, insbesondere zur Entwicklung von Programmen, über die Beschaffung von Hard- und Software ausgenommen Verträge nach Buchstabe i) sowie Wartung und Pflege soweit vom Wirtschaftsplan umfasst bis zu einem Gesamtwert von € 500.000;
- b) die Vergabe und Ausführung von Vorhaben des Investitionsplans, wenn die Gesamtkosten im Einzelfall bis zu € 250.000 betragen;
- c) den Erlass und die Niederschlagung von Ansprüchen des Verbandes im Wert von bis zu € 25.000 im Einzelfall sowie den Abschluss von Vergleichen, bei denen das Zugeständnis des Zweckverbandes € 25.000 nicht übersteigt;
- d) die Stundung von Forderungen im Wert von bis zu € 25.000 im Einzelfall für die Dauer von maximal einem Jahr;
- e) den Abschluss von Versicherungsverträgen mit einem Gesamtwert von bis zu € 250.000 im Einzelfall soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;
- f) die Anmietung und Anpachtung sowie die Vermietung und Verpachtung von bebauten und unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten mit einem Miet- oder Pachtzins von bis zu € 250.000 im Einzelfall soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;

- g) freiwillige Zuwendungen mit einem Betrag von bis zu € 1.000 im Einzelfall;
- h) die Entscheidung betreffend über- und außerplanmäßige Aufwände bzw. Auszahlungen bis zu € 25.000 im Einzelfall, hierunter fallen nicht solche Aufwände bzw. Auszahlungen, die im jeweiligen Wirtschaftsjahr durch entsprechende Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen gedeckt werden;
- i) Miete, Leasing und Pacht von beweglichem Vermögen bei einer Betragssumme von bis zu € 250.000 im Einzelfall soweit vom Wirtschaftsplan umfasst;
- j) den Abschluss von Verträgen mit Mitgliedern und sonstigen Kunden über Leistungen des Zweckverbandes bis zu einem Auftragswert von € 1.000.000;
- k) die Führung von Aktivprozessen, bei denen im Einzelfall der Streitwert nicht mehr als € 50.000 beträgt;
- l) Einstellung, die tarifliche Vergütung und die Entlassung von nicht leitenden Verbandsbediensteten sowie sonstige dienstrechtliche Angelegenheiten, Maßnahmen und Entscheidungen die Bediensteten aller Vergütungsgruppen betreffend im Einzelfall;
- m) Festlegung von Zeit und Ort der Sitzungen der Verbandsversammlung nach Maßgabe dieser Verbandssatzung und der Regelungen der Geschäftsordnung für die Verbandsversammlung;
- n) für die Ausübung der Stimmrechte des Zweckverbandes in Organen von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften des Verbandes, soweit die Sachentscheidung nicht kraft Gesetzes oder dieser Satzung der Verbandsversammlung vorbehalten ist. In den in § 28 Abs. 2 Nr. 15 SächsGemO beziehungsweise § 24 Abs. 2 Nr. 14 SächsLKro genannten Angelegenheiten übt der Verbandsvorsitzende seine Befugnisse aufgrund von Beschlüssen der Verbandsversammlung aus. In anderen Angelegenheiten kann die Verbandsversammlung ihm Weisungen erteilen;
- o) die Festsetzung und Änderung der allgemeinen und besonderen Leistungsentgelte des Zweckverbandes;
- p) den Abruf von Leistungen aus bestehenden Rahmenverträgen des Zweckverbandes;
- q) den Abschluss von Kreditverträgen bis zu einem Betrag von € 500.000 soweit vom Wirtschaftsplan umfasst.“

Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„Bei der Ermittlung der Auftragswerte bzw. Aufwände nach Absatz 3 findet § 7 Absatz 4 entsprechende Anwendung.“

Artikel 6

§ 16 Deckung des Finanzbedarfs wird wie folgt geändert:

Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Höhe der von einem Verbandsmitglied zu bezahlenden Umlage bestimmt sich nach dem Anteil der mit diesem Verbandsmitglied erzielten Umsatzerlöse des Vorjahres an den Umsatzerlösen des Zweckverbandes mit allen seinen Verbandsmitgliedern. Zur Ermittlung der Umsatzerlöse gilt § 6 Abs. (2) Satz 3 der Verbandssatzung.“

Artikel 7

Die **Anlage zur Satzung für den Zweckverband** wird wie folgt geändert:

Unter der Überschrift **die Landkreise** wird nach dem Wort „Gotha,“ eingefügt:
„Greiz,“

Nach den Worten „Sächsische Schweiz-Osterzgebirge,“ werden die Worte
„Unstrut-Hainich-Kreis“
eingefügt.

Unter der Überschrift **die Städte** wird nach dem Wort „Borna,“ eingefügt:
„Brand-Erbisdorf,“

Nach dem Wort „Freital,“ wird eingefügt:
„Froburg,“

Nach dem Wort „Glauchau“ wird eingefügt:
„Gotha,“

Nach dem Wort „Hoyerswerda,“ wird eingefügt:
„Jena,“

Nach dem Wort „Königstein,“ wird eingefügt:
„Kurort Oberwiesenthal,“

Nach dem Wort „Lommatzsch,“ wird eingefügt:
„Lucka, Markkleeberg,“

Nach dem Wort „Schkeuditz,“ wird eingefügt:
„Schmölln,“

Unter der Überschrift **die Gemeinden** wird nach den Worten „Auerbach/Erzgeb.“ eingefügt:
„Bad Brambach,“
nach dem Wort „Großharthau,“ wird eingefügt:
„Großhartmannsdorf,“

Nach den Worten „Hartmannsdorf-Reichenau,“ wird eingefügt:
„Haselbachtal,“

Wilsdruff, den 12.11.2024

Ralf Rother
Verbandsvorsitzender

Nach dem Wort „Löbnitz,“ wird eingefügt:
„Lohmen,“

Nach dem Wort „Teutschenthal,“ werden die Worte:
„Thermalbad Wiesenbad,“
eingefügt.

Nach dem Wort „Neukirchen/Erzgeb.“ werden die Worte:
„Neustadt/Vogtl.,“
gestrichen.

Unter der Überschrift **die Verwaltungsverbände** wird nach dem Wort „Jägerswald,“:
„Am Klosterwasser“
eingefügt.

Unter der Überschrift **die Zweckverbände** werden nach den Worten „Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien“ die Worte:
„Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge,“
eingefügt.

Unter der Überschrift **die Sonstigen Einrichtungen** wird nach dem Wort „JuCo-Soziale Arbeit gGmbH“:
„Klassik Stiftung Weimar,“
eingefügt.

Nach den Worten „Verwaltungsgemeinschaft Oppurg,“ wird eingefügt:
„Verwaltungsgemeinschaft „Oberes Sprottental“
Verwaltungsgemeinschaft Pleißenau
Verwaltungsgemeinschaft Rositz“

Artikel 8

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Staatsbetriebes Sachsenforst über den landeseinheitlichen Zeitraum für die Abschussplanung nach § 2 Absatz 1 der Sächsischen Jagdverordnung

Vom 13. Januar 2025

Gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 der Sächsischen Jagdverordnung vom 27. August 2012 (SächsGVBl. S. 518), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 332) geändert worden ist, wird von der oberen Jagdbehörde Folgendes bekannt gemacht:

Der landeseinheitliche Zeitraum für die Abschussplanung beginnt am 1. April 2025 und endet am 31. März 2028.

Erläuterung zur Bekanntmachung:

Gemäß § 21 Absatz 1 des Sächsischen Jagdgesetzes vom 8. Juni 2012 (SächsGVBl. S. 308), das zuletzt durch Gesetz vom 31. Januar 2018 (SächsGVBl. S. 21) geändert

worden ist, ist ein Abschussplan vom Jagdausübungsberechtigten aufzustellen und bei der Jagdbehörde einzureichen, wenn im Planungszeitraum jeweils mehr als sechs Stück der Arten Rot-, Dam- oder Muffelwild erlegt werden sollen oder wenn männliches Rot-, Dam- oder Muffelwild ab der Altersklasse 1 erlegt werden soll. Gemäß § 21 Absatz 2 des Sächsischen Jagdgesetzes kann abweichend von § 21 Absatz 2 Satz 3 und 4 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 332) geändert worden ist, auch von einer Hegegemeinschaft für mehrere ihr angeschlossene zusammenhängende Jagdbezirke ein Gruppenabschussplan aufgestellt werden.

Graupa, den 13. Januar 2025

Staatsbetrieb Sachsenforst
Katrin Müller
Abteilungsleiterin Obere Forst- und Jagdbehörde,
Naturschutz im Wald

Bekanntmachung der Sächsischen Landesmedienanstalt der Satzung zur Änderung der Satzung zur Förderung lokaljournalistischer Angebote vom 3. April 2023 (SächsABl. S. 516)

Vom 21. Januar 2025

Der Medienrat der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) hat gemäß § 32 Absatz 7 Nummer 7 und § 28 Absatz 2 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), das zuletzt durch das Gesetz vom 20. März 2024 (SächsGVBl. S. 282) geändert worden ist, folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Die Satzung zur Förderung lokaljournalistischer Angebote vom 3. April 2023 (SächsABl. S. 516) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 2 wird durch den folgenden Absatz 2 ersetzt:
„Die SLM gewährt nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 20 in Verbindung mit § 28 b des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes (SächsPRG) nach Maßgabe dieser Satzung projektbezogene Zuwendungen für die Förderung lokaljournalistischer Angebote zur Stärkung ihres Beitrags zu lokaler und regionaler Information, soweit sie hierfür Haushaltsmittel des Freistaats Sachsen oder Mittel Dritter zur eigenverantwortlichen Verwendung erhält.“
2. § 3 Absatz 5 wird durch den folgenden Absatz 5 ersetzt:
„(5) Die Förderung erfolgt unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben der Europäischen Kommission, insbesondere nach den Maßgaben
 - der Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen vom 13. Dezember 2023, Amtsblatt der EU Nr. L 2023/2831 vom 15. Dezember 2023 (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich),
 - der Verordnung (EU) 2023/2832 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen, Amtsblatt EU Nr. L 2023/2832 vom 15. Dezember 2023 (DAWI-De-minimis-Verordnung),
 - des Beschlusses der Kommission vom 20. Dezember 2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, Amtsblatt EU Nr. L 7/3 vom 11. Januar 2012 (DAWI-Freistellungsbeschluss) bzw. deren Nachfolgeregelungen.“

3. § 5 wird durch den folgenden § 5 ersetzt:

„§ 5

Finanzieller Rahmen der Förderung

(1) Der finanzielle Rahmen der Förderung ergibt sich aus dem Umfang der finanziellen Mittel, die der SLM vom Freistaat Sachsen oder einem Dritten zur Verfügung gestellt werden.

(2) Der Freistaat Sachsen kann der SLM Zuwendungen nach Maßgabe von Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der SLM zur Verfügung stellen. Die Bewilligungen stehen unter der Bedingung, dass im Haushalt für das jeweilige Jahr der Sächsischen Staatskanzlei Mittel in der jeweiligen Höhe zugewiesen werden.

(3) Die Verteilung der insgesamt zur Verfügung stehenden Fördermittel auf die verschiedenen Förderbereiche richtet sich primär nach den Maßgaben der für das betreffende Förderjahr geltenden Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Freistaat Sachsen und der SLM oder nach den Maßgaben des Dritten, der der SLM Mittel zur Verfügung stellt. Besteht danach keine Vorgabe, kann die SLM im Aufruf nach § 6 eine Priorisierung bekannt geben.

(4) Soweit die Summe aller förderfähigen Kosten, die gemäß § 6 fristgemäß von Antragsberechtigten beantragt wurden, die für den jeweiligen Förderbereich nach Absatz 3 zur Verfügung stehenden Mittel unter Berücksichtigung der dort geregelten Maßgaben übersteigen, wird die SLM die Entscheidungen über die Verteilung der Fördermittel nach den jeweils einschlägigen Bestimmungen in den Abschnitten 2 bis 5 treffen.“

4. § 6 wird durch folgenden § 6 ersetzt:

„§ 6

Beantragung von Fördermitteln

(1) Die SLM veröffentlicht Aufrufe zur Beantragung von Fördermitteln auf ihrer Homepage www.slm-online.de. Anträge auf Förderung können ausschließlich auf Grundlage solcher Aufrufe unter den dort geregelten Vorgaben und Fristen eingereicht werden.

(2) Ohne einen Aufruf nach Absatz 1 ist die Beantragung von Verlängerungen bewilligter Förderprojekte möglich, soweit dies der SLM durch den Freistaat Sachsen ermöglicht wird.“

5. In § 10 Absatz 7 wird die Angabe „18“ durch die Angabe „30“ ersetzt.

6. § 27 wird durch folgenden § 27 ersetzt:

„§ 27

Höhe der Förderung innovativer Projekte

Die Förderung innovativer Projekte erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen vom 13. Dezember 2023, Amtsblatt der EU Nr. L 2023/2831 vom 15. Dezember 2023 (De-minimis-Verordnung für den gewerblichen Bereich).“

7. § 28 wird durch folgenden § 28 ersetzt:

„§ 28

Publizitätspflicht

nach § 44a der Sächsischen Haushaltsordnung

Soweit die SLM für die Förderung Haushaltsmittel des Freistaats Sachsen zur eigenverantwortlichen Verwendung erhält, gilt: Diese Steuermittel werden auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes zur Verfügung gestellt.“

8. Der bisherige § 28 wird § 29.

Artikel 2

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft.

Leipzig, den 21. Januar 2025

Sächsische Landesmedienanstalt
Prof. Dr. Markus Heinker
Präsident des Medienrates

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree

Vom 17. Dezember 2024

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für den Abwasserzweckverband Kleine Spree hat mit Bescheid vom 6. Januar 2025 (Az.: 15.2-093.1101:11-AZV-KI-Spree-neu) auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

„Die am 17.12.2024 von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree beschlossene 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree vom 07. Dezember 2011 wird genehmigt.“

Die 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 6. Januar 2025

Landratsamt Bautzen
Udo Witschas
Landrat

4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree

Präambel

Auf Grundlage der §§ 61 Abs. 1 und 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der jeweils geltenden Fassung hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree in ihrer Sitzung am 17.12.2024 folgende 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree beschlossen:

Artikel 1

§ 18 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

Die Öffentlichen Bekanntmachungen des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree erfolgen in einer elektro-

nischen Ausgabe des Amtsblattes unter dem Titel „Amtsblatt des Abwasserzweckverbandes Kleine Spree“, zu finden auf der Internetseite des Abwasserzweckverbandes **www.azvspree.de**, Rubrik **Aktuelles – Öffentliche Bekanntmachung – Amtsblatt**. Die Satzungen können darüber hinaus in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Großdubrau, den 17.12.2024

Seidel
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten 1 Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründet, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

30. Januar 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 244,54 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 62,77 Euro Postversand) bzw. 142,19 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,78 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 